

**ESV** ERICH  
SCHMIDT  
VERLAG

# Der mittelständische Konzern

Organisation – Recht – Steuern – Rechnungslegung

Herausgegeben von

**Dr. Clemens Engelhardt**

Rechtsanwalt

und

**Dr. Andreas Wagenseil**

Dipl.-Kfm., Rechtsanwalt und Steuerberater

Mit Beiträgen von

Dr. Julia Busch, Dr. Clemens Engelhardt, Dr. Isabelle Engelhardt,  
Steffen Kirschstein-Freund, LL.M., Melanie Koberstein, LL.M.,  
Dr. Jochen Notholt, Constanze Oberwegner, Dr. Hans Schlipat,  
Sven Spieler, Stefan Strüwind, Dr. Michael Toppelhofer,  
Dr. Andreas Wagenseil, Dr. Sebastian Graf von Wallwitz, LL.M.,  
Prof. Dr. Christian Zwirner

ERICH SCHMIDT VERLAG

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter**  
[ESV.info/978 3 503 15896 6](http://ESV.info/9783503158966)

Gedrucktes Werk: ISBN 978 3 503 15896 6  
eBook: ISBN 978 3 503 15897 3

Alle Rechte vorbehalten  
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2015  
[www.ESV.info](http://www.ESV.info)

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US-Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO-Norm 9706.

Satz: multitext, Berlin  
Druck: Hubert & Co., Göttingen

# Vorwort

## **Der Mittelstand – das sind Sie. Was wird von Ihnen erwartet?**

Das berühmte Wort vom Rückgrat der deutschen Wirtschaft – oft von der Politik bemüht, ist doch viel Wahres dran. Die Weltmarktführer in ihren Nischen, die „hidden champions“ und all jene Unternehmerpersönlichkeiten, ohne die die Großindustrie keine Daseinsberechtigung hätte, tragen eine besondere Verantwortung. Denn die allseits bekannten Hochglanzmarken wären ohne die Vielzahl und Vielfalt ihrer Geschäftspartner und Zulieferer aus dem sogenannten Mittelstand nicht handlungsfähig. Ohne künstliche Überhöhung steht fest, dass Faktoren wie Kontinuität, Qualität und aus unternehmerischer Tradition erwachsene Innovation erst das ermöglichen, was gemeinhin als Grundlage für den Erfolg einer Wirtschaftsnation verstanden wird.

In wiederkehrenden Phasen der Wirtschaftsentwicklung findet also eine Besinnung auf den Mittelstand in Deutschland und dessen Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft statt. Doch was ist Ihre Aufgabe dabei? Was wird von Ihnen erwartet?

Unternehmerisches Handeln und Denken muss auf Erfolg ausgerichtet sein. Der kleine Lebensmittelhändler kann nur dann Lohn und Gehalt für die Mitarbeiter im Ladengeschäft und im Lager bezahlen, wenn er wirtschaftlich erfolgreich agiert. Die oberste Aufgabe einer Unternehmung ist also das Erzielen von Gewinnen.

Wenn Gewinn erwirtschaftet wird, ist der Boden bereit für die Erfüllung der besonderen Aufgabe, die den Unternehmern zukommt. Sie sollen mit den Möglichkeiten, die sie geschaffen haben und deren Erfolg sich realisiert hat, nun weitblickend und zugleich wertorientiert verfahren. Die Unternehmerpersönlichkeit zeichnet sich durch das Erkennen der Erfolgsfaktoren aus, die Gewinne bescheren. Ein besonderer Erfolgsfaktor ist dabei die Verlässlichkeit. Verlässlichkeit in ihren vielen einzelnen Schattierungen bietet Raum für jedwede Facette des unternehmerischen Handelns – sei es in der Führung der Mitarbeiter oder in der Erfüllung von vertraglichen Verpflichtungen.

Das Wort eines Kaufmanns – der Handschlag, der ein Geschäft besiegelt – hatte nicht umsonst noch um das Jahr 1900 starken Einfluss auch auf die Gesetzgebung. Besonders plakativ zeigt sich dies im Handelsgesetzbuch und den dort verankerten Vorschriften über das Verfahren unter Kaufleuten, die noch heute nahezu unverändert gelten. Denn unverändert ist es Verlässlichkeit unter Geschäftspartnern, die eine Geschäftsbeziehung zu etwas Besonderem macht: wie oft hört man heutzutage Aussprüche wie „das ist jemand, der zu dem steht, was er sagt“ oder „auf diese Person kann man sich verlassen“?

Auftrag und Verantwortung des Unternehmers ist also die Fortführung und weitere Entwicklung des Unternehmens bei gleichbleibender Verlässlichkeit. Dann bleibt der Unternehmer die geschätzte Persönlichkeit, deren Strahlkraft zugleich Motivation der Mitarbeiter und besondere Anziehungskraft der Dienstleistungen oder Produkte des Unternehmens ausmacht. Ein versierter Unternehmer versteht es dabei, dies auch den Geschäftsführern und leitenden Mitarbeitern dergestalt zu vermitteln, dass auch sie zu Unternehmerpersönlichkeiten werden und diesen Geist weitertragen.

### **Der mittelständische Konzern – Was müssen Sie wissen, um Ihrer Verantwortung gerecht zu werden?**

Unternehmer und Geschäftsführer sind Entscheider. Ihre Aufgabe im Tagesgeschäft ist es, basierend auf den vorhandenen Informationen und Einschätzungen das im Moment der Entscheidung Zweckmäßige zu tun. Ihre Aufgabe ist es dabei, ihre besondere Vision den Entscheidungen zu Grunde zu legen.

Ihre Aufgabe ist es nicht, die Informationen selbst zu beschaffen oder sämtliche Einschätzungen selbst vorzunehmen. Hierzu ist die Vielzahl und Komplexität der sich im Tagesgeschäft stellenden Fragen zu überragend. Aber Sie sollten über ein sehr verlässliches Gespür verfügen, wann eine Bewertung durch Sie die Einschätzung anderer erfordert, um auch nachhaltig Ihre Vision umsetzen zu können.

Der Unternehmer, der Geschäftsführer, der leitende Mitarbeiter nahe der Geschäftsleitung – Sie alle haben eines gemeinsam: Sie treffen täglich Entscheidungen, die Einfluss auf Wohl und Wehe Ihres Unternehmens haben, manche weniger dramatisch, andere unmittelbar spürbar – manche als solche sofort erkennbar, andere wiederum versteckter.

Ein erfolgreicher Entscheider muss für das Führen des Unternehmens also nicht nur eine Vision und Strategie für das Unternehmen haben, sondern zugleich für die nicht operativen Themen ein Störgefühl entwickeln, ab wann externe Einflüsse der Umsetzung von Vision und Strategie schaden oder nützen können und wie mit diesen externen Einflüssen umzugehen ist. Auch für die nicht operativen Themen bedarf es Entscheidungsstrategien und Problemlösungen. Beides muss einhergehen und auch hier bedarf es der nachhaltigen und kontinuierlichen Vorgehensweise.

Besonders plakativ zeigt sich dies beispielsweise im Arbeitsrecht. Der Unternehmer kann jede arbeitsrechtliche Fragestellung als Einzelfall betrachten oder sich für eine nachvollziehbare Handlungsmaxime entscheiden. Ebenso steht es mit Fragen des Gesellschaftsrechtes und der internen Struktur des Unternehmens. Das Spannungsfeld zwischen Kontinuität und Innovation sollte tunlichst nicht dazu führen, dass Sie Ihr Unternehmen auch intern stets neu erfinden und umstrukturieren oder reorganisieren; so notwendig die Anpassung der Strukturen an die Anforderungen ist – so bedeutend ist das Treffen des richtigen Zeitpunktes, um nicht Unsicherheit oder gar Misstrauen der Mitarbeiter und Geschäftspartner zu erzeugen.

### **Der mittelständische Konzern – Was Ihnen dieses Buch bietet**

Wir stehen mitten im Beginn der nächsten industriellen Revolution: In einer Zeit der Unsicherheit und Nervosität, erzeugt von der Vorahnung, dass sich vieles viel mehr und viel schneller ändern wird, als die meisten es sich jetzt vorstellen können.

Dieses Handbuch richtet sich an Entscheider sowie an leitende Mitarbeiter, die Entscheidungen vorbereiten und maßgeblich mit beeinflussen sowie deren Berater. Es werden in der für die Erfüllung Ihrer Aufgabe richtigen Dosierung die wesentlichen Themenbereiche behandelt. Sie werden in die Lage versetzt, Ihre jeweilige Position im Entscheidungszeitpunkt so zu bewerten, wie es für Ihr Unternehmen und Ihren ganz persönlichen Führungsstil angemessen ist. Ihnen werden die nicht operativen Aspekte des unternehmerischen Handelns nahegebracht und so aufbereitet, dass Sie das erforderliche Gespür selbst entwickeln können und dort, wo Sie auf den Rat anderer angewiesen sind, mit diesen auf Augenhöhe sprechen können.

Die Autoren dieses Buches sagen, was trägt: Welche Veränderungen kommen, was sind deren Konsequenzen für die hier behandelten Themen, wie kann man die Veränderung, anstatt sie zu erleiden, aktiv gestalten.

München, im Juni 2015

Dr. Clemens Engelhardt  
Dr. Andreas Wagenseil

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> . . . . .	5
Der Mittelstand – das sind Sie. Was wird von Ihnen erwartet? . . . . .	5
Der mittelständische Konzern – Was müssen Sie wissen, um Ihrer Verantwortung gerecht zu werden? . . . . .	6
Der mittelständische Konzern – Was Ihnen dieses Buch bietet . . . . .	7
<b>Einleitung</b> . . . . .	27
1. Wirtschaftliche Bedeutung des Mittelstandes in Deutschland . . . . .	27
2. Der Begriff des Konzerns . . . . .	29
3. Der Konzern im Mittelstand . . . . .	31
4. Der „Lebenszyklus“ des Konzerns. . . . .	32

## Teil 1: Organisation

<b>A. Der Konzern im Aufbau</b> . . . . .	37
1. Strukturüberlegungen – Warum eine Konzernstruktur? . . . . .	37
1.1 Sinn und Zweck von Konzernstrukturen . . . . .	37
1.2 Strukturtypen des mittelständischen Konzerns. . . . .	39
1.2.1 Der Stammhauskonzern. . . . .	39
1.2.2 Der Holdingkonzern. . . . .	39
1.2.3 Der Sparten- oder Divisionalkonzern. . . . .	40
1.2.4 Der Matrixkonzern. . . . .	41
1.2.5 Die Kombination verschiedener Konzerntypen als Regelfall der mittelständischen Praxis . . . . .	41
1.3 Aufgaben und Aufbau der Konzernobergesellschaft . . . . .	42
1.3.1 Recht & Compliance. . . . .	42
1.3.1.1 Rechtsabteilung: Notwendigkeit, Aufgaben, Kompetenzen, Strukturen . . . . .	42
1.3.1.2 Compliance-Abteilung . . . . .	47
1.3.2 Steuern. . . . .	48
1.3.3 Finanzen und Rechnungswesen und Buchhaltung/ Corporate Finance & Treasury/Versicherungen . . . . .	48
1.3.4 Strategie & Konzernentwicklung . . . . .	49
1.3.5 Unternehmenskauf/Mergers & Acquisitions . . . . .	50

1.3.6	Personal . . . . .	53
1.3.7	Revision . . . . .	53
1.3.8	IT-Abteilung . . . . .	54
1.3.9	Kommunikation . . . . .	54
1.3.10	Marketing . . . . .	55
1.3.11	Allgemeine Verwaltung . . . . .	56
1.3.12	Gremienbetreuung . . . . .	56
1.3.12.1	Grundlagen der Gremienbetreuung (Einladungswesen, Sitzungsvorbereitung, Protokollierung, Nachbereitung) . . . . .	56
1.3.12.2	Vorstand und Geschäftsführung . . . . .	59
1.3.12.3	Aufsichtsrat, Beirat etc. . . . .	60
1.3.12.4	Hauptversammlung und Gesellschafterversammlung (inkl. Joint Venture-Meetings) . . . . .	60
<b>B.</b>	<b>Rekrutierung im Mittelstand . . . . .</b>	<b>63</b>
1.	Rekrutierungsarena 2015 ff. . . . .	64
1.1	Der deutsche Weg . . . . .	64
1.2	... und seine spezifischen Herausforderungen . . . . .	66
1.2.1	Generationenwechsel . . . . .	66
1.2.2	Demografie und Work-Life Integration . . . . .	66
1.2.3	Generation X, Y und Z . . . . .	67
1.2.4	Führungs- und Leistungskultur als zentraler Wettbewerbshebel . . . . .	68
1.2.5	Globalisierung des Geschäftssystems . . . . .	70
1.2.6	Mikroelektronische Dauer(r)evolution . . . . .	71
2.	Personalarbeit und Unternehmenserfolg . . . . .	71
2.1	Herausforderungen und Trends zukünftiger Personalarbeit . . . . .	72
2.1.1	HR-Compliance . . . . .	72
2.1.2	Internationale Rekrutierung . . . . .	73
2.1.3	Gebrochene Lebensläufe . . . . .	73
2.1.4	Häufige inhaltliche Änderung der Stellenprofile . . . . .	73
2.1.5	Leadershipkompetenzen werden wichtiger . . . . .	73
2.1.6	Personalrekrutierung wird zu einer Kernfähigkeit . . . . .	73
2.1.7	Bewältigung von unternehmerischen Sonder-situationen . . . . .	74
2.2	Organisation der Personalarbeit im mittelständischen Konzern . . . . .	74
2.3	Die Besetzung von Schlüsselpositionen als Kernprozess . . . . .	75
2.3.1	Die Einbindung externen Know- und Do-Hows . . . . .	75
2.4	Rolle und Auswahl des Personalberaters . . . . .	76
2.5	Der Rekrutierungsprozess im Detail . . . . .	79
3.	Zusammenfassung und Ausblick . . . . .	89
<b>C.</b>	<b>Compliance für den Mittelstand . . . . .</b>	<b>91</b>
1.	Einführung – Was ist Compliance? . . . . .	91
2.	Definitionsansätze & Bedeutung von Compliance . . . . .	91
3.	Compliance als Teil der Corporate Governance . . . . .	93



4. Risikomanagement . . . . .	94
5. Definition eines Compliance Management Systems . . . . .	95
6. Aufbau eines Compliance Management Systems . . . . .	96
7. Drei Säulen der Compliance . . . . .	97
7.1 Vorbeugen – „Prevent“ . . . . .	98
7.2 Erkennen – „Detect“ . . . . .	98
7.3 Reagieren – „Respond“ . . . . .	99
7.4 Interne Kontrollsysteme . . . . .	99
7.5 Forensik von Compliance-Verstößen . . . . .	100
7.6 Orientierungshilfen . . . . .	101
7.6.1 Deutscher Corporate Governance Kodex . . . . .	101
7.6.2 Entsprechungserklärung nach § 161 AktG . . . . .	102
7.6.3 IDW PS 980 . . . . .	103
7.6.4 Transparency International & TRACE . . . . .	103
8. Positive Nebeneffekte von Compliance . . . . .	104
9. Compliance Kultur als wichtiger Erfolgsfaktor der Compliance . . . . .	105
10. Fazit . . . . .	106

## Teil 2: Recht

<b>A. Rechtsformwahl . . . . .</b>	<b>109</b>
1. Überblick über die Rechtsformen . . . . .	109
1.1 Einzelunternehmen oder Gesellschaft? . . . . .	109
1.1.1 Einzelunternehmer als Kaufmann . . . . .	109
1.1.2 Gesellschaft als Kaufmann . . . . .	110
1.1.3 Kaufmannseigenschaft nicht zu umgehen . . . . .	110
1.2 Was ist eine Gesellschaft? . . . . .	110
1.3 Was soll mit einer Gesellschaft erreicht werden? . . . . .	111
1.3.1 Gliederung der Geschäftszweige . . . . .	112
1.3.2 Haftungsgesichtspunkte . . . . .	112
1.3.3 Bündelung geschäftlicher Aktivitäten . . . . .	112
1.3.4 Steuereffekte . . . . .	113
1.3.5 Finanzierungsgesichtspunkte . . . . .	113
2. Welche Rechtsform passt? – eine kleine Entscheidungshilfe . . . . .	114
<b>B. Gesellschaftsrecht und Unternehmenskäufe (M&amp;A) . . . . .</b>	<b>115</b>
1. Gesellschaftsrecht – Strukturen . . . . .	115
1.1 Die optimale Rechtsform der Konzernobergesellschaft . . . . .	117
1.1.1 Darstellung der möglichen Konstellationen im Konzern . . . . .	117
1.1.2 Übersicht Vor- und Nachteile der Personen- gesellschaft (OHG/KG) als Konzernobergesell- schaft . . . . .	119
1.1.3 Übersicht Vor- und Nachteile Kapitalgesellschaft (GmbH/AG/Stiftung) als Konzernobergesellschaft . . . . .	120

1.2	Die optimale Rechtsform der Konzernuntergesellschaften . . .	120
1.2.1	Übersicht Vor- und Nachteile Personengesellschaft (OHG/KG) als Konzernuntergesellschaft. . . . .	120
1.2.2	Übersicht Vor- und Nachteile Kapitalgesellschaft (GmbH/AG/Stiftung) als Konzernuntergesellschaft. . . . .	120
1.2.3	Fazit und Entscheidungsempfehlung. . . . .	122
1.3	Zusammenfassung. . . . .	122
1.4	Verfahren und Zeitlicher Ablauf der Gründung. . . . .	122
1.4.1	Verhältnisse klären . . . . .	123
1.4.2	Ablauf im Detail. . . . .	123
2.	Geschäftsführer, Prokuristen, Vertreter und die Rolle der Gesellschafter . . . . .	125
2.1	Vertretung und Vollmachten . . . . .	125
2.1.1	Organschaftliche Vertretung: Geschäftsführer und Vorstand . . . . .	125
2.1.2	Vertretung durch Vollmachtsinhaber. . . . .	126
2.1.3	Keine Vertretung durch Gesellschafter ohne gesonderte Vertretungsmacht. . . . .	127
2.1.4	Keine Vertretung durch Sonstige. . . . .	127
2.2	Geschäftsführung (Rechte und Pflichten, Haftung) . . . . .	128
2.2.1	Rechte und Pflichten . . . . .	128
2.2.2	Haftung des Geschäftsführers. . . . .	129
2.3	Gesellschafter (Rechte und Pflichten, Haftung, Wettbewerbsverbot) . . . . .	130
2.3.1	Rechte der Gesellschafter . . . . .	130
2.3.2	Pflichten der Gesellschafter und Haftung. . . . .	131
2.3.3	Treuepflicht der Gesellschafter – Wettbewerbsverbot und Nachschüsse . . . . .	131
2.3.4	Verhältnis der Gesellschafter untereinander. . . . .	132
3.	Unternehmenskäufe und -verkäufe (M&A) . . . . .	133
3.1	M&A im Mittelstand – Besonderheiten . . . . .	133
3.2	Ablauf einer Verkaufstransaktion . . . . .	135
3.3	Gesellschaftsrechtliche Punkte beim Verkauf . . . . .	137
3.3.1	Personengesellschaft als Konzernobergesellschaft. . . . .	137
3.3.2	Kapitalgesellschaft als Konzernobergesellschaft . . . . .	138
<b>C.</b>	<b>Marken im mittelständischen Konzern</b> . . . . .	<b>139</b>
1.	Gewerbliche Schutzrechte im Allgemeinen . . . . .	139
1.1	Patent . . . . .	140
1.2	Design. . . . .	140
1.3	Urheberrecht . . . . .	141
1.4	Geschäftliche Bezeichnungen . . . . .	141
1.5	Domains . . . . .	142
2.	Faszination Marke . . . . .	142
3.	Die rechtliche Ausgangssituation. . . . .	144
3.1	Juristische Definition der Marke . . . . .	144
3.2	Markenformen . . . . .	144
3.3	Waren und Dienstleistungen . . . . .	144

3.4	Schutzausschlussgründe . . . . .	144
3.5	Eingetragene und nicht eingetragene Marken . . . . .	145
3.6	Territorialer Schutz der Marke und Schutzrechtssysteme . . . . .	146
3.7	Eintragung von Marken . . . . .	146
3.7.1	Recherchen . . . . .	146
3.7.2	Anmeldung . . . . .	148
3.7.3	Schutzhindernisse . . . . .	148
3.8	Nach der Eintragung . . . . .	149
3.8.1	Überwachung . . . . .	149
3.8.2	„R“ im Kreis und „TM“ . . . . .	149
3.8.3	Verlängerung . . . . .	150
3.8.4	Rechtserhaltende Benutzung . . . . .	150
4.	Die Marke im Konzern . . . . .	150
4.1	Markeninhaber und Zuständigkeit für die Marke im Konzern . . . . .	150
4.1.1	Effektive Markennutzung . . . . .	151
4.1.2	Nutzung der Vorteile der Schutzrechtssysteme/ Konsolidierungsmöglichkeiten . . . . .	152
4.1.3	Einsparpotential . . . . .	153
4.1.4	Interne Kommunikation . . . . .	154
4.2	Rechtserhaltende Benutzung bei Trennung zwischen Markeninhaberschaft Markennutzer . . . . .	155
4.3	Lizenzen . . . . .	156
4.4	Verträge mit Konzernen . . . . .	157
5.	Fazit . . . . .	157
<b>D.</b>	<b>IT-Recht im Konzernverbund . . . . .</b>	<b>159</b>
1.	Einführung . . . . .	159
2.	(Software-)Nutzungsrechte im Konzern . . . . .	160
3.	Konzernweite Einräumung von Nutzungsrechten durch Dritte . . . . .	162
4.	Regelungen über Nutzungsrechte zwischen Konzernunter- nehmen . . . . .	163
5.	Rechtsfolgen bei Verstößen/Softwareaudits . . . . .	164
6.	Exkurs: Vertraulichkeitsvereinbarungen im Konzern . . . . .	165
7.	IT-Verträge im Konzern . . . . .	166
7.1	Bezug von IT-Leistungen im Konzern . . . . .	166
7.2	Konzernunternehmen als Subunternehmer . . . . .	166
8.	Datenschutz im mittelständischen Konzern . . . . .	167
9.	Grundbegriffe und -strukturen des Datenschutzrechts . . . . .	168
9.1	Rechtsquellen . . . . .	168
9.2	Zweck und Durchsetzung des Datenschutzrechts . . . . .	168
9.3	Personenbezogene Daten . . . . .	169
9.4	Datensparsamkeit/Verbot mit Erlaubnisvorbehalt . . . . .	170
9.5	Verhältnis Datenschutz/Datensicherheit . . . . .	170
10.	Grundproblem: Kein Konzernprivileg . . . . .	171
11.	Datenschutzorganisation im Konzern . . . . .	171
11.1	Der (Konzern-)Datenschutzbeauftragte . . . . .	171
11.2	Organisationsformen . . . . .	172

12. Datenschutz-Compliance im „nationalen“ (EU-)Konzern . . . . .	173
12.1 Auftragsdatenverarbeitung . . . . .	173
12.2 Übrige Fälle . . . . .	174
13. Datenschutz-Compliance im „internationalen“ Konzern . . . . .	175
13.1 Standardvertragsklauseln („EU Model Clauses“) . . . . .	176
13.2 Binding Corporate Rules . . . . .	177
<b>E. Arbeitsrecht im Konzern . . . . .</b>	<b>179</b>
1. Besonderheiten des Arbeitsrechts im Konzern . . . . .	179
1.1 Arbeitsrechtliche Beziehungen in Konzernen . . . . .	179
1.2 Das Arbeitsverhältnis im Konzern . . . . .	180
1.3 Besonderheiten der Betriebsverfassung und Mitbestimmung im Konzern . . . . .	181
1.4 Arbeitsrechtliche Fragen zu Unternehmensverträgen . . . . .	183
2. Arbeitsverhältnisse im Konzern . . . . .	185
2.1 Die Arbeitsgeberstellung im Konzern . . . . .	185
2.1.1 Lohnsteuer . . . . .	186
2.1.2 Sozialversicherung . . . . .	187
2.2 Einsatz von Arbeitnehmern in verschiedenen Konzern- gesellschaften . . . . .	188
2.2.1 Konzerninterne Entsendungen . . . . .	188
2.2.2 Konzernweite Versetzungen . . . . .	189
2.2.3 Wiedereinstellungszusage . . . . .	191
2.3 Besonderheiten zur Haftung im Arbeitsverhältnis . . . . .	192
2.4 Betriebliche Altersversorgung . . . . .	192
2.5 Kündigungsschutz . . . . .	194
2.6 Personalpooling . . . . .	196
2.6.1 Einsatzbereiche von Personalpools . . . . .	196
2.6.2 Flexibilisierung von Personalkapazitäten . . . . .	196
2.6.3 Vermittelnder Personalpool . . . . .	198
2.6.4 Personalpool mit eigenem Personal . . . . .	198
2.6.5 Besonderheiten des Personalpools im Konzern . . . . .	199
2.6.6 Arbeitsrechtliche Aspekte zum Personalpool . . . . .	199
3. Beschäftigung in internationalen Konzernstrukturen . . . . .	201
3.1 Entsendung von Arbeitnehmern ins Ausland . . . . .	201
3.1.1 Anwendbares Recht . . . . .	201
3.1.2 Arbeitsvertragliche Anbindung des Arbeitnehmers . . . . .	204
3.1.3 Split Contract Beschäftigung . . . . .	205
3.1.4 Sozialversicherungs- und Steuerrecht bei internationaler Beschäftigung . . . . .	206
3.2 Divisonale- und Matrix-Strukturen . . . . .	209
3.2.1 Arbeitsverhältnisse in der Matrixstruktur . . . . .	211
3.2.2 Betriebsverfassung in multinationalen Strukturen . . . . .	212
4. Arbeitsrechtliche Fragen bei betrieblicher Restrukturierung . . . . .	213
4.1 Strategische Überlegungen einer Betriebsstilllegung oder -einschränkung . . . . .	213
4.1.1 Anpassungen ohne Personalabbau . . . . .	213

4.1.2	Personalabbau ohne Entlassungen . . . . .	214
4.1.3	Prüfung besonderer Vertragsverhältnisse . . . . .	214
4.1.4	Entlassungen . . . . .	214
5.	Arbeitsrechtliche Fragen der Beendigung . . . . .	216
5.1	Betriebsänderung im Insolvenzverfahren . . . . .	216
5.1.1	Der Interessenausgleich im Insolvenzverfahren . . . . .	216
5.1.2	Der Sozialplan in der Insolvenz . . . . .	217
5.2	Weitere Aufgaben des Insolvenzverwalters . . . . .	218
6.	Übertragung von Betrieben und Unternehmen . . . . .	218
6.1	Arbeitsrechtliche Aspekte der Übertragung . . . . .	218
6.2	Begriff und Folgen des Betriebsübergangs . . . . .	218
6.3	Informationsrechte des Wirtschaftsausschusses . . . . .	221
6.4	Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates beim Betriebs- übergang . . . . .	222
6.5	Übergangsmandat und Restmandat des Betriebsrates . . . . .	223
6.6	Unterrichtung der Arbeitnehmer . . . . .	225
6.7	Muster: Unterrichtungsschreiben zum Betriebsübergang . . . . .	227
7.	Arbeitnehmerdatenschutz im Konzern . . . . .	229
7.1	Bewerberdaten . . . . .	229
7.1.1	Muster einer Einwilligungserklärung für ein konzernweites Karriere-Portal . . . . .	230
7.2	Besonderheiten des Arbeitnehmerdatenschutzes im Konzern . . . . .	231
7.2.1	Grundsätze des Datenschutzes im Arbeits- verhältnis . . . . .	231
7.2.2	Übermittlung von Daten an andere Stellen im Konzern . . . . .	232
7.2.3	Keine Privilegierung der Datenverarbeitung innerhalb von Konzernen . . . . .	233
7.2.4	Übermittlung von Arbeitnehmerdaten ins Ausland . . . . .	234
7.2.5	Auftragsdatenverarbeitung und Funktions- nachfolge . . . . .	236
7.3	Datenschutz bei Unternehmenstransaktionen . . . . .	237
<b>F.</b>	<b>Kartellrecht im Mittelstand . . . . .</b>	<b>239</b>
1.	Einleitung . . . . .	239
2.	Das Kartellverbot des § 1 GWB . . . . .	240
3.	Exkurs: Die Anwendung des § 1 GWB im Internethandel . . . . .	246
4.	Rechtsfolgen von kartellrechtswidrigen Vereinbarungen . . . . .	249
5.	Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung . . . . .	250
6.	Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen § 19 GWB . . . . .	253
7.	Fusionskontrolle . . . . .	253
<b>G.</b>	<b>Wirtschaftsstrafrecht im mittelständischen Konzern . . . . .</b>	<b>255</b>
1.	Einleitung . . . . .	255
1.1	Wirtschaftsstrafrecht: Rechtsquellen, Begriffsbestimmung und praktische Bedeutung . . . . .	255
1.2	Bedeutung für den mittelständischen Konzern . . . . .	256

2. Das Unternehmensstrafrecht: Überblick und Verantwortungszurechnung. . . . .	257
2.1 Überblick . . . . .	257
2.2 Verantwortungszurechnung. . . . .	258
3. Ausgewählte Delikte . . . . .	260
3.1 Kernstrafrecht (StGB) . . . . .	260
3.1.1 Korruptionsdelikte . . . . .	260
a) § 299 StGB: Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr . . . . .	261
b) Verhältnis von § 299 StGB zu den Amtsträger- korruptionsdelikten . . . . .	263
c) §§ 331, 333 StGB: Vorteilsannahme und Vorteilsgewährung sowie §§ 332, 334 StGB Bestechlichkeit und Bestechung . . . . .	264
3.1.2 Insolvenzstraftaten . . . . .	266
a) §§ 283 ff. StGB: Insolvenzstraftaten . . . . .	266
b) § 15a InsO: Antragspflicht bei juristischen Personen und Gesellschaften ohne Rechts- persönlichkeit. . . . .	267
3.1.3 Untreue . . . . .	270
a) § 266 StGB: Untreue . . . . .	271
b) GmbH-Entnahme/Konzernuntreue . . . . .	273
3.2 Nebenstrafrecht . . . . .	274
3.2.1 Überblick. . . . .	274
3.2.2 Straftatbestände des UWG . . . . .	275
a) Grundsätzliches . . . . .	275
b) § 17 UWG: Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen . . . . .	275
4. Überblick: Typische Sanktionen und Maßnahmen im Wirtschafts- strafrecht. . . . .	277
<b>H. Insolvenzrecht im mittelständischen Konzern. . . . .</b>	<b>279</b>
1. Was ist ein Insolvenzverfahren und was ist der Zweck? . . . . .	279
2. Wann muss die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens beantragt werden?. . . . .	279
3. Insolvenzeröffnungsgründe §§ 17, 19 InsO. . . . .	281
3.1 Zahlungsunfähigkeit, § 17 InsO . . . . .	281
3.1.1 Begriff . . . . .	281
3.1.2 Beurteilung . . . . .	281
3.2 Überschuldung, § 19 InsO . . . . .	282
4. Verfahrensablauf . . . . .	283
4.1 Antragstellung . . . . .	283
4.2 Örtlich zuständiges Insolvenzgericht. . . . .	284
4.3 Bestellung eines Gutachters/Sachverständigen . . . . .	284
4.4 Evtl. Anordnung des vorläufigen Insolvenzverfahrens . . . . .	285
4.5 Erledigung des Insolvenzeröffnungsverfahrens . . . . .	285

4.6	Abweisung mangels Masse .....	286
4.7	Verfahrenseröffnung .....	286
5.	Was gibt es im Rahmen des Insolvenzverfahrens für Möglichkeiten? .....	288
5.1	Insolvenzplan .....	288
5.1.1	Wesentliche Charakteristika .....	288
5.1.2	Gliederung und Inhalt eines Insolvenzplans .....	289
5.1.3	Sanierungsgewinn .....	289
5.2	Eigenverwaltung .....	290
5.2.1	Wesentliche Charakteristika .....	290
5.2.2	Antrag, Anordnung und vorläufige Eigenverwaltung .....	290
5.2.3	Schutzschirmverfahren .....	291
5.2.3.1	Sinn und Zweck des Schutzschirmverfahrens .....	291
5.2.3.2	Voraussetzungen des Schutzschirmverfahrens .....	292
5.2.4	Funktion des Sachwalters .....	292
5.2.5	Betriebsfortführung im eröffneten Insolvenzverfahren .....	293
5.2.6	Vergütung und Kosten in der Eigenverwaltung .....	293
5.3	Konzerninsolvenz .....	294
5.3.1	Gerichtsstand .....	295
5.3.1.1	Örtliche Gerichtszuständigkeit nach § 3 Abs. 1 InsO .....	295
5.3.1.2	Beeinflussung der örtlichen Zuständigkeit .....	295
5.3.2	Konzerninsolvenzverwalter .....	296

### Teil 3: Steuern im Konzern

<b>A.</b>	<b>Die Besteuerung der einzelnen Rechtsformen .....</b>	<b>299</b>
1.	Die Besteuerung von Einzelunternehmen und Personengesellschaften nach dem Einkommensteuergesetz .....	299
1.1	Grundsätzliches .....	299
1.2	Der Gesellschafter als Mitunternehmer .....	300
1.3	Das Transparenzprinzip .....	301
1.4	Gewinnermittlung bei einer Mitunternehmerschaft .....	302
1.5	Sonderbetriebsvermögen I und II .....	303
1.6	Ergänzungsbilanzen .....	304
1.7	Steuerliche Begünstigung thesaurierter Beträge, § 34a EStG ..	305
1.7.1	Grundsätzliche Voraussetzungen .....	305
1.7.2	Die spätere Entnahme der thesaurierten Beträge ..	307
1.7.3	Fazit .....	308
1.8	Übertragung von Wirtschaftsgütern zwischen Gesellschafter und Gesellschaft .....	309
1.8.1	Grundsätzliches .....	309
1.8.2	Überführung aus einem Betriebsvermögen in ein anderes Betriebsvermögen desselben Steuerpflichtigen, § 6 Abs. 5 Satz 1 EStG .....	310

1.8.3	Überführung zwischen dem Betriebsvermögen und dem Sonderbetriebsvermögen . . . . .	310
1.8.4	Übertragung zwischen dem Betriebsvermögen und dem Gesamthandsvermögen. . . . .	311
1.8.4.1	Voraussetzungen der Übertragung zum Buchwert. . . . .	311
1.8.4.2	Ausnahmen zur Übertragung zum Buchwert . . . . .	311
1.9	Die einheitliche und gesonderte Feststellung. . . . .	312
2.	Die Besteuerung von Kapitalgesellschaften nach dem Körperschaftsteuergesetz . . . . .	313
2.1	Grundsätzliches . . . . .	313
2.2	Körperschaftsteuerpflicht . . . . .	313
2.2.1	Unbeschränkte Steuerpflicht. . . . .	313
2.2.2	Beschränkte Steuerpflicht . . . . .	314
2.2.3	Beginn und Ende der Körperschaftsteuerpflicht. . . . .	314
2.3	Gewinnermittlung . . . . .	315
2.4	Leistungsbeziehung zwischen Kapitalgesellschaft und Gesellschafter (Anteilseigner) – Die verdeckte Gewinnausschüttung als Steuerrisiko. . . . .	316
2.4.1	Merkmale einer verdeckten Gewinnausschüttung sind . . . . .	316
2.4.2	Rechtsfolgen der verdeckten Gewinnausschüttung. . . . .	316
2.5	Anwendbare Steuersätze . . . . .	317
2.5.1	Behandlung von Gewinnausschüttungen an natürliche Personen/Personengesellschaften . . . . .	317
2.5.2	Behandlung von Gewinnausschüttungen an andere Kapitalgesellschaften . . . . .	317
2.5.2.1	Steuerfreiheit nach § 8b KStG . . . . .	317
2.5.2.2	Aufbau des § 8b KStG. . . . .	318
2.5.2.2.1	§ 8b Abs. 1 . . . . .	318
2.5.2.2.2	§ 8b Abs. 2 . . . . .	318
2.5.2.2.3	§ 8b Abs. 3 . . . . .	318
2.5.2.2.4	§ 8b Abs. 4 . . . . .	318
2.5.2.2.5	§ 8b Abs. 5 . . . . .	319
2.5.2.2.6	§ 8b Abs. 6 . . . . .	319
2.5.2.2.7	§ 8b Abs. 7 . . . . .	319
2.5.2.2.8	§ 8b Abs. 8 . . . . .	319
2.5.2.2.9	§ 8b Abs. 9 . . . . .	319
2.5.2.2.10	§ 8b Abs. 10 . . . . .	320
2.5.3	Steuerliche Behandlung von Verlusten und Verlustvorträgen. . . . .	320
2.5.3.1	Entstehen von Verlusten/Verlustvorträgen . . . . .	320
2.5.3.2	Der Wegfall von Verlustvorträgen, § 8c KStG . . . . .	321
2.6	Sonderthema: Gehaltsverzicht beim Gesellschafter-Geschäftsführer . . . . .	323
2.6.1	Beherrschende Stellung der Gesellschafter . . . . .	324
2.6.2	Zu beachtende Risiken . . . . .	324



2.6.2.1	Lohnsteuerrisiko .....	324
2.6.2.2	Risiko einer verdeckten Gewinnausschüttung .....	325
2.6.2.3	Vereinbarung einer Besserungsklausel .....	326
3.	Die Besteuerung von Konzerngesellschaften nach dem Gewerbsteuergesetz .....	327
3.1	Das Steuerobjekt .....	327
3.2	Die Gewerbsteuerpflicht .....	327
3.2.1	Gewerbsteuerpflicht kraft Tätigkeit .....	327
3.2.2	Gewerbsteuerpflicht kraft Struktur .....	328
3.3	Die Berechnung der Gewerbsteuer .....	329
3.3.1	Die Gewerbsteuer als Gemeindesteuer .....	329
3.3.2	Der Gewinn als Ausgangsgröße .....	330
3.3.3	Die Hinzurechnung, § 8 GewStG .....	330
3.3.4	Die Kürzungen, § 9 GewStG .....	331
3.3.5	Der Gewerbeertrag .....	331
3.3.6	Der Steuermessbetrag .....	331
3.3.7	Der Hebesatz .....	331
3.3.8	Rechenschema Gewerbsteuer .....	331
3.3.9	Höhe der Gewerbsteuerlast .....	333
3.3.10	Entlastungsmöglichkeit im Rahmen der Einkommensteuer .....	333
3.4	Beginn und Ende der Gewerbsteuerpflicht .....	333
3.4.1	Allgemein .....	333
3.4.2	Beginn des Gewerbebetriebes im Einkommens- steuerrecht .....	333
3.4.3	Beginn des Gewerbebetriebes im Gewerbe- steuerrecht .....	334
3.5	Gewerbsteuerliche Fallstricke bei Anteilsveräußerung .....	335
4.	Sonderthema: Die Betriebsaufspaltung .....	336
4.1	Die Voraussetzungen der Betriebsaufspaltung .....	336
4.2	Arten der Betriebsaufspaltung .....	338
4.2.1	Die echte und unechte Betriebsaufspaltung .....	338
4.2.2	Mitunternehmerische Betriebsaufspaltung und kapitalistische Betriebsaufspaltung .....	338
4.3	Rechtsfolgen einer Betriebsaufspaltung .....	338
4.4	Vorteile einer Betriebsaufspaltung .....	339
4.4.1	Haftungsbeschränkung .....	339
4.4.2	Mitbestimmung .....	339
4.4.3	Rechnungslegungs- und Publizitätspflicht .....	340
4.4.4	Steuerliche Aspekte .....	340
4.4.5	Nachteile und Risiken .....	341
5.	Belastungsvergleich Personengesellschaft und Kapital- gesellschaft .....	341
5.1	Steuerlast Kapitalgesellschaft .....	342
5.1.1	Steuerlast der Kapitalgesellschaft selbst .....	342
5.1.2	Steuerlast der Gesellschafter der Kapital- gesellschaft .....	342
a)	Natürliche Person als Anteilseigner .....	342
b)	Kapitalgesellschaft als Anteilseigner .....	343

5.2	Steuerlast Personengesellschaft/Einzelunternehmen . . . . .	343
5.2.1	Einkommensteuer . . . . .	343
5.2.2	Gewerbesteuer . . . . .	343
5.2.3	Einkommensteuerliche Entlastungsmöglichkeiten. . . . .	344
5.2.4	Musterrechnung Steuerlast . . . . .	344
	a) Überblick zur generellen steuerlichen Belastung . . . . .	344
	b) Musterrechnung . . . . .	345
5.3	Fazit . . . . .	345
<b>B. Steuerliche Optimierung durch Umstrukturierungen . . . . .</b>		<b>347</b>
1.	Möglichkeiten und Voraussetzungen einer steuerneutralen Umstrukturierung. . . . .	347
1.1	Rechtsformwechsel von Konzernunternehmen. . . . .	349
1.2	Verschlinkung von Konzernstrukturen. . . . .	352
1.3	Umstellen von Konzernstrukturen . . . . .	354
1.4	Erweiterung von Konzernstrukturen . . . . .	360
1.5	Aufteilung von Konzernstrukturen . . . . .	361
2.	Möglichkeiten und Grenzen des zeitlichen Rückbezugs von Übertragungsvorgängen (Rückwirkung). . . . .	362
3.	Durchführung einer steuerneutralen Umstrukturierung . . . . .	364
3.1	Vorbereitungsphase . . . . .	364
3.2	Beschlussphase und notarielle Beurkundung . . . . .	368
3.3	Vollzugsphase . . . . .	369
4.	Fallstricke bei Umstrukturierungen . . . . .	370
4.1	Keine (Mit-)Übertragung wesentlicher Betriebsgrundlagen. . . . .	370
4.2	Wegfall von Verlusten und Verlustvträgen . . . . .	371
4.3	Immobilien und Grundstücke: Risiko Grunderwerbsteuer . . . . .	373
4.4	Umstrukturierungen im Zusammenhang mit Organschaften . . . . .	374
4.5	Nichteinhaltung von Melde- und Behaltensfristen. . . . .	374
<b>C. Steuerliche Optimierung durch Organschaften . . . . .</b>		<b>377</b>
1.	Ertragsteuerliche Organschaft . . . . .	377
1.1	Einsatzmöglichkeiten und Vorteile . . . . .	377
1.2	Begründung . . . . .	379
1.2.1	Organgesellschaft. . . . .	379
1.2.2	Organträger . . . . .	380
1.2.3	Finanzielle Eingliederung . . . . .	383
1.2.4	Gewinnabführungsvertrag . . . . .	385
1.2.5	Typische Praxisfälle . . . . .	390
1.3	Durchführung. . . . .	393
1.3.1	Finanzielle Eingliederung . . . . .	393
1.3.2	Gewinnabführungsvertrag . . . . .	393
1.3.2.1	Fünfjahreszeitraum. . . . .	393
1.3.2.1.1	Fristbeginn . . . . .	393
1.3.2.1.2	Laufzeit . . . . .	394
1.3.2.1.3	Fristende . . . . .	394
1.3.2.2	Ordnungsgemäße Buchführung . . . . .	394
1.3.2.3	Gewinnabführung . . . . .	395

1.3.2.3.1	Berechnung Abführungsbetrag . . . . .	395
1.3.2.3.2	Durchführung der Abführung . . . . .	397
1.3.2.3.3	Fälligkeit . . . . .	398
1.3.2.4	Rücklagenbildung und -auflösung . . . . .	398
1.3.2.4.1	Vorvertragliche Rücklagen . . . . .	398
1.3.2.4.2	Vertragliche Rücklagen . . . . .	398
1.3.2.5	Verlustübernahme . . . . .	399
1.3.2.5.1	Berechnung . . . . .	399
1.3.2.5.2	Durchführung der Verlustübernahme . . . . .	399
1.3.2.5.3	Fälligkeit . . . . .	399
1.3.2.6	Ausgleichszahlungen . . . . .	399
1.4	Beendigung . . . . .	400
1.4.1	Steuerliche Konsequenzen . . . . .	400
1.4.2	Typische Gründe für Scheitern der Organschaft . . . . .	401
1.4.3	Vertragliche Kündigung und Aufhebung GAV. . . . .	402
2.	Umsatzsteuerliche Organschaft . . . . .	404
2.1	Bedeutung für die Konzernsteuerpraxis . . . . .	404
2.2	Begründung . . . . .	406
2.2.1	Organträger. . . . .	406
2.2.2	Organgesellschaft. . . . .	407
2.2.3	Finanzielle Eingliederung . . . . .	408
2.2.4	Organisatorische Eingliederung . . . . .	409
2.2.4.1	Personelle Verflechtung durch Geschäftsführung des Organträgers: . . . . .	410
2.2.4.2	Personelle Verflechtung durch Mitarbeiter des Organträgers . . . . .	410
2.2.4.3	Eingliederung oder Beherrschungsvertrag: . . . . .	411
2.2.4.4	Schriftlich fixierte Verträge: . . . . .	411
2.2.5	Wirtschaftliche Eingliederung . . . . .	412
2.2.6	Gesamtbild der Verhältnisse . . . . .	413
2.3	Durchführung. . . . .	414
2.3.1	Verhältnis Zivil- und Umsatzsteuerrecht . . . . .	414
2.3.2	Grundfall . . . . .	414
2.3.2.1	Ausgangsleistungen . . . . .	414
2.3.2.2	Eingangsleistungen . . . . .	415
2.3.3	Nicht erkannte Organschaft . . . . .	415
2.3.3.1	Ausgangsleistungen . . . . .	415
2.3.3.2	Eingangsleistungen . . . . .	416
2.3.4	Zu Unrecht angenommene Organschaft . . . . .	416
2.3.4.1	Ausgangsleistungen . . . . .	416
2.3.4.2	Eingangsleistungen . . . . .	416
2.4	Beendigung der umsatzsteuerlichen Organschaft . . . . .	417
2.4.1	Gründe. . . . .	417
	a) Krise. . . . .	417
	b) Insolvenz. . . . .	417
	c) Liquidation . . . . .	418
	d) Auflösung . . . . .	419
2.4.2	Konsequenzen und Risiken der Beendigung . . . . .	419

<b>D. Steuerliche Optimierung durch Nachfolgegestaltung</b> . . . . .	423
1. Grundsätzliche Überlegungen bei der Nachfolgegestaltung . . . . .	423
1.1 Der beste Zeitpunkt der Übertragung . . . . .	423
1.2 An wen soll übertragen werden? . . . . .	424
2. Das System des Erbschaftsteuergesetzes . . . . .	425
2.1 Der Anwendungsbereich des ErbStG – wann fällt Steuer an? . . . . .	425
2.1.1 Die sachliche Steuerpflicht . . . . .	425
2.1.1.1 Die Schenkungssteuerpflicht . . . . .	425
2.1.1.2 Die Erbschaftsteuerpflicht . . . . .	425
2.1.1.3 Die persönliche Steuerpflicht . . . . .	426
2.2 Zeitpunkt der Steuerentstehung und Bewertungsstichtag . . . . .	427
2.3 Die Bemessungsgrundlage der Schenkungssteuer . . . . .	427
2.4 Die Bewertung des steuerpflichtigen Erwerbs . . . . .	428
2.4.1 Anteile an in- und ausländischen Kapitalgesellschaften . . . . .	428
2.4.1.1 Anteile an börsennotierten Kapitalgesellschaften . . . . .	428
2.4.1.2 Anteile an nicht börsennotierten Kapitalgesellschaften . . . . .	428
2.4.2 Grundbesitz . . . . .	429
2.4.3 Inländisches Betriebsvermögen . . . . .	429
2.4.4 Ausländischer Grundbesitz und ausländisches Betriebsvermögen . . . . .	430
2.5 Abzugsfähige Nachlassverbindlichkeiten . . . . .	430
2.6 Steuerbefreiungen . . . . .	430
2.6.1 Sachliche Steuerbefreiungen . . . . .	430
2.6.1.1 Steuerbefreiung für Familienheime . . . . .	430
2.6.1.2 Steuerbefreiung für zu Wohnzwecken vermietete Grundstücke . . . . .	431
2.6.1.3 Steuerbefreiung von Betriebsvermögen, Betrieben der Land- und Forstwirtschaft und Anteilen an Kapitalgesellschaften . . . . .	431
2.6.1.3.1 Grundsätzliche Voraussetzungen . . . . .	431
2.6.1.3.2 Fallstricke und Gestaltungsoptionen . . . . .	432
2.6.1.3.3 Zeitliche Geltung der steuerlichen Privilegierung . . . . .	433
2.6.2 Persönliche Steuerbefreiungen . . . . .	434
2.6.2.1 Die Steuerklassen (§ 15 ErbStG) . . . . .	434
2.6.2.1.1 Steuerklasse I: . . . . .	434
2.6.2.1.2 Steuerklasse II: . . . . .	435
2.6.2.1.3 Steuerklasse III: . . . . .	435
2.6.2.2 Der persönliche Freibetrag . . . . .	435
2.6.2.3 Der Versorgungsfreibetrag . . . . .	436
2.7 Die Berechnung der Erbschaftsteuer . . . . .	436
2.7.1 Regelsteuersatz . . . . .	436
2.7.2 Tarifbesonderheiten . . . . .	436
2.7.2.1 Progressionsvorbehalt . . . . .	436
2.7.2.2 Härteausgleich . . . . .	436
2.7.2.3 Tarifbegrenzung beim Erwerb von Betriebsvermögen . . . . .	437
2.7.2.4 Berücksichtigung früherer Erwerbe . . . . .	437

2.8	Festsetzung und Erhebung der Steuer. . . . .	437
2.9	Allgemeines Prüfschema. . . . .	438
3.	Die Schenkung – schenkungssteuerliche und zivilrechtliche Aspekte . . . . .	438
3.1	Die Besteuerung der Schenkung . . . . .	438
3.1.1	Die freigiebige Zuwendung (§ 7 Abs. 1 Nr. 1 ErbStG) . . . . .	438
3.1.2	Gesellschaftsrechtliche Vorgänge. . . . .	439
3.1.2.1	Gesellschaftsanteil mit Buchwertklausel (§ 7 Abs. 5 ErbStG). . . . .	439
3.1.2.2	Gesellschaftsanteil mit Gewinnübermaß (§ 7 Abs. 6 ErbStG). . . . .	440
3.1.2.3	Gesellschaftsanteil bei Ausscheiden eines Gesellschafters (§ 7 Abs. 7 ErbStG) . . . . .	440
3.1.2.4	Disquotale Einlage (§ 7 Abs. 8 ErbStG) . . . . .	441
3.1.3	Steuerliche Optimierungsmöglichkeiten der Schenkung . . . . .	441
3.1.3.1	Der Nießbrauch als Mittel zur Steuerreduktion . . . . .	441
3.1.3.1.1	Grundsätzliches . . . . .	441
3.1.3.1.2	Nießbrauch bei begünstigtem Betriebsvermögen (§§ 13a, 13b ErbStG) . . . . .	443
3.1.3.2	Die vorweggenommene Erbfolge . . . . .	444
3.1.3.3	Die Vereinbarung eines Widerrufsrechtes. . . . .	444
3.1.3.3.1	Das gesetzliche Widerrufsrecht. . . . .	444
3.1.3.3.2	Das vertragliche Widerrufsrecht . . . . .	445
3.1.3.4	Die Begründung einer Betriebsaufspaltung . . . . .	446
3.1.3.5	Der Wegzug ins Ausland. . . . .	447
3.2	Zivilrechtliche Aspekte . . . . .	447
4.	Der Erbfall – erbschaftsteuerliche und zivilrechtliche Aspekte . . . . .	448
4.1	Die Besteuerung des Erbfalls . . . . .	448
4.1.1	Der Anwendungsbereich des ErbStG beim Erbfall . . . . .	448
4.1.1.1	Schenkungen auf den Todesfall . . . . .	448
4.1.1.2	Verträge zugunsten Dritter . . . . .	448
4.1.1.3	Vollziehung einer Auflage oder Erfüllung einer Bedingung. . . . .	448
4.1.1.4	Abfindung für die Ausschlagung einer Erbschaft oder eines Vermächtnisses oder für den Verzicht auf den entstandenen Pflichtteilsanspruch . . . . .	449
4.1.2	Steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten beim Erbfall . . . . .	449
4.1.2.1	Allgemeines. . . . .	449
4.1.2.2	Steuerfalle Berliner Testament . . . . .	449
4.1.2.2.1	Fußangel 1: Die Doppelbesteuerung des Nachlasses. . . . .	450
4.1.2.2.2	Fußangel 2: Die Bindungswirkung. . . . .	451
4.1.2.2.3	Fußangel 3: Die Pflichtteils-Strafklausel . . . . .	451
4.1.2.2.4	Fazit . . . . .	452
4.1.2.2.5	Alternativen zum Berliner Testament. . . . .	452

4.2	Zivilrechtliche Aspekte . . . . .	452
4.2.1	Die Grundprinzipien des Erbrechts . . . . .	452
4.2.2	Erbfolge . . . . .	453
4.2.2.1	Die gesetzliche Erbfolge . . . . .	453
4.2.2.1.1	Das gesetzliche Erbrecht der Verwandten . . . . .	453
4.2.2.1.2	Das Erbrecht des Ehegatten . . . . .	454
4.2.2.2	Die gewillkürte Erbfolge . . . . .	455
4.2.2.2.1	Allgemeines zum Testament . . . . .	455
4.2.2.2.2	Das gemeinschaftliche Testament . . . . .	455
4.2.2.2.3	Der Erbvertrag . . . . .	456
4.2.2.2.4	Das Vermächtnis . . . . .	456
4.2.2.2.5	Die Begrenzungen der Testierfreiheit . . . . .	456
4.2.3	Die Erbengemeinschaft . . . . .	457
4.2.4	Die Erbauseinandersetzung . . . . .	457
4.2.5	Testamentsvollstrecker – sinnvoll oder unnötig? . . . . .	458
4.2.5.1	Aufgaben des Testamentsvollstreckers . . . . .	458
4.2.5.2	Auswahlkriterien . . . . .	459
4.2.5.3	Handlungsempfehlung . . . . .	460

## **Teil 4: Konzernrechnungslegung im Mittelstand**

<b>Motivation</b> . . . . .	465
1. Grundlagen der Konzernrechnungslegung. . . . .	466
1.1 Der Konzernbegriff . . . . .	466
1.2 Verbundbeziehungen in der Rechnungslegung. . . . .	466
1.3 Theorie und Aufgabe der Konzernrechnungslegung. . . . .	467
1.4 Bedeutung und Adressaten der Konzernrechnungslegung. . . . .	469
1.5 Regelungen zur Konzernrechnungslegung. . . . .	469
2. Bestandteile des Konzernabschlusses und Konzernlagebericht. . . . .	472
2.1 Überblick . . . . .	472
2.2 Konzernbilanz . . . . .	472
2.3 Konzernerfolgsrechnung. . . . .	473
2.4 Konzernkapitalflussrechnung. . . . .	473
2.5 Konzerneigenkapitalspiegel. . . . .	474
2.6 Konzernsegmentberichterstattung. . . . .	475
2.7 Konzernanhang . . . . .	476
2.8 Konzernlagebericht . . . . .	477
3. Aufstellungspflicht eines Konzernabschlusses . . . . .	478
3.1 Verpflichtung zur Konzernrechnungslegung . . . . .	478
3.2 Zeitliche Anforderungen an Aufstellung, Billigung, Offenlegung und Prüfung. . . . .	480
3.3 Möglichkeiten der Befreiung von der Konzernrechnungslegung. . . . .	481
4. Abgrenzung des Konsolidierungskreises . . . . .	483
4.1 Konsolidierungskreis im engeren und im weiteren Sinne . . . . .	483
4.2 Weltabschlussprinzip für Tochterunternehmen und Vollkonsolidierungspflicht. . . . .	485

4.3	Einbeziehungswahlrechte des § 296 HGB für Tochter- unternehmen . . . . .	485
4.4	Einbeziehung von Gemeinschaftsunternehmen . . . . .	486
4.5	Einbeziehung von assoziierten Unternehmen. . . . .	487
5.	Erstellung und Anpassung der konsolidierungsfähigen Abschlüsse . . . . .	488
5.1	Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ausweisvorschriften . . . . .	488
5.2	Konzernabschlussstichtag . . . . .	490
5.3	Währungsumrechnung . . . . .	490
6.	Latente Steuern im Konzern . . . . .	491
7.	Konsolidierungsmaßnahmen . . . . .	494
7.1	Vollkonsolidierung von Tochterunternehmen . . . . .	495
7.1.1	Kapitalkonsolidierung . . . . .	495
7.1.2	Schuldenkonsolidierung. . . . .	499
7.1.3	Zwischenergebniseliminierung . . . . .	500
7.1.4	Aufwands- und Ertragskonsolidierung . . . . .	502
7.2	Quotenkonsolidierung von Gemeinschaftsunternehmen. . . . .	503
7.3	Equity-Bewertung von Anteilen an assoziierten Unternehmen . . . . .	504
8.	Besonderheiten der Konzernrechnungslegung nach dem PublG. . . . .	507
8.1	Konzernrechnungslegungspflicht nach PublG . . . . .	507
8.2	Befreiungsmöglichkeiten von der Konzernrechnungslegung. . . . .	507
8.3	Befreiende Wirkung eines PublG-Konzernabschlusses . . . . .	508
8.4	Inhalt und Bestandteile des Konzernabschlusses nach dem PublG. . . . .	509
9.	Folgewirkungen der Konzernrechnungslegung für die einzelgesellschaftliche Rechnungslegung, Prüfung und Offenlegung . . . . .	510
9.1	Erleichterungsmöglichkeiten für Kapitalgesellschaften. . . . .	510
9.2	Erleichterungsmöglichkeiten für Personenhandels- gesellschaften. . . . .	512
9.3	Gestaltungen und faktische Grenzen der Erleichterung in der Praxis . . . . .	514
10.	Bilanzpolitische Überlegungen. . . . .	515
11.	Schlussbemerkungen. . . . .	516
	Literaturverzeichnis . . . . .	517
	Herausgeber- und Autorenverzeichnis . . . . .	527
	Stichwortverzeichnis . . . . .	531